



Sonderbeilage zum Rundbrief 3/ 2018

Vor 70 Jahren wurde Israel gegründet

Von Micha Brumlik



Micha Brumlik

Als am 14. Mai 1948 der Staat Israel offiziell ausgerufen wurde, zählten auch viele deutsche Flüchtlinge zu den Bewohnern des neugegründeten Landes. Ihr kultureller Einfluss hat Israel geprägt, aber noch stärker die Erfahrungen des millionenfachen Mordes an Juden, der von Deutschen begangen wurde. Die deutsch-israelischen Beziehungen standen daher von Anfang an unter besonderen - und besonders schwierigen - Vorzeichen. Welche Rolle spielte Deutschland für das israelische Selbstverständnis? Wie kam es dennoch zur langsamen Annäherung? Und wo stehen wir heute, 70 Jahre später?

Kein Staat wie jeder andere Vor 70 Jahren wurde Israel gegründet

Erzähler:

Nein, ungetrübt ist die Freude nicht. Sie kann es auch nicht sein. Denn während wie vor 70 Jahren die Menschen auf den Straßen von Tel-Aviv tanzen, sterben an der Grenze zwischen Israel und dem abgeriegelten Gaza-Streifen junge, von der radikalislamistischen Hamas aufgestachelte Palästinenser durch die Geschosse israelischer Soldaten. Es ist eine schwierige Situation, in der die Feierlichkeiten stattfinden. Beinahe noch mehr getrübt wurde die Freude über das Jubiläum durch eine Entscheidung der gebürtigen Israelin Natalie Portman. Sie lebt mittlerweile in den USA, ist aber in Israel weiterhin sehr beliebt. Sie weigerte sich, einen Preis in Israel entgegen-zunehmen, weil bei der Zeremonie der gegenwärtige Ministerpräsident Benjamin Netanyahu die Laudatio gehalten hätte. Portman protestierte mit ihrer Entscheidung gegen den Politiker Netanyahu, dessen Positionen sie nicht teilt. 1948, vor siebzig Jahren war die Stimmung unter Juden eine andere. Der nationalsozialistische Terror war vorbei. Der von Deutschen und ihren europäischen Kollaborateuren an sechs Millionen europäischer Juden verübte Massenmord hinterließ bei jenen Juden, die all das Grauen überstanden hatten, ein zerstörtes Leben und seelische Wunden, die kaum noch heilen konnten. Die Traumata jener Generation prägten natürlich auch das Leben ihrer Kinder. In dieser Situation sorgte die Proklamation eines jüdischen Staates bei ihnen für Stolz und Freude. Vielen ermöglichte dieser historische Schritt, wieder erhobenen Hauptes zu gehen, allen Verletzungen, Demütigungen und schrecklichen Erlebnissen zum Trotz. Die Staatsgründung Israels sorgte nicht nur für ein positives Gefühl. Der neue Staat war mehr als nur Genugtuung nach den grauvollen Erfahrungen der Vergangenheit.

Die Staatsgründung Israels verhiess fortan eine Rettung vor jedem künftigen Antisemitismus. Konnten doch nun Jüdinnen und Juden darauf bauen, im neu gegründeten jüdischen Staat jederzeit einen Ort zu finden, der Sicherheit versprach. Das Gefühl des Ausgeliefertseins, das Gefühl der völligen Ohnmacht sollte sich so nie wiederholen. Auch dafür stand der neue Staat und die Möglichkeit, in ihm neu anzufangen. Die Inanspruchnahme dieses Versprechens ist wieder aktueller denn je: So hört man zum Beispiel in den Straßen der israelischen Stadt Netanya heute fast nur noch Französisch. In immer mehr Kaffeehäusern werden Croissants und Cafe au Lait angeboten.

Seit den radikalislamistischen, mörderischen Anschlägen in Paris und den Mordtaten islamistischer Gewalttäter an älteren jüdischen Menschen in französischen Städten in den letzten drei Jahren sind Zehntausende französische Juden nach Israel eingewandert. Auch in anderen europäischen, von zunehmendem Antisemitismus heimgesuchten Ländern denken derzeit immer mehr jüdische Familien darüber nach, in Israel wenigstens eine Zweitwohnung zu mieten oder zu erwerben. Es ist die Frage der Sicherheit, die viele Juden beschäftigt. Und dieses Sicherheitsgefühl hat auch viel mit dem Staat Israel zu tun. Damals und heute.

Doch der Reihe nach. Die Deklaration des Staates Israel am 14. Mai 1948 - nach jüdischer Zeitzählung am 5. Ijar 5708 - war das Ergebnis und der Endpunkt einer langen Geschichte. Diese begann nicht – wie viele immer noch meinen mit dem

Holocaust, sondern mit dem Antisemitismus, dem Judenhass des 19. Jahrhunderts. Die jüdische Nationalbewegung reagierte darauf mit dem Zionismus. Es war der früh verstorbene, charismatische Wiener Journalist Theodor Herzl, der als Reaktion auf den Judenhass seiner Zeit im Jahre 1896 eine eigene Schrift publizierte. Ihr Titel lautete „Der Judenstaat“ und sie endete mit folgenden Worten:

Zitator:

„Die Juden, die wollen, werden ihren Staat haben. Wir sollen endlich als freie Männer auf unserer eigenen Scholle leben und in unserer Heimat ruhig sterben. Die Welt wird durch unsere Freiheit befreit, durch unseren Reichtum bereichert und vergrößert durch unsere Größe. Und was wir nur dort für unser eigenes Gedeihen versuchen, wirkt machtvoll und beglückend hinaus zum Wohle aller Menschen.“

Erzähler:

Dabei war Theodor Herzl keineswegs der Erste, der eine solche Idee hatte. Ein anderer Vordenker eines jüdischen Staates war Moses Hess. 1812 als Sohn eines Rabbiners in Bonn geboren, war er als junger Mann zunächst Kampfgefährte von Karl Marx. Angesichts des zunehmenden Antisemitismus in Europa und des absehbaren Misserfolgs der kommunistischen Idee, veröffentlichte er im Alter von fünfzig Jahren eine bemerkenswerte Schrift. Sie hieß: „Rom und Jerusalem: die letzte Nationalitätsfrage“. Das war 1862. Vor dem Hintergrund der polnischen und ungarischen Unabhängigkeitsbewegungen, der Gründung eines

republikanischen Italien sowie eines modernen Griechenlands sah Hess die Wiedergeburt jener Völker, die Europa ihr kulturelles Gepräge gegeben hatten: Da waren die Hellenen, die im antiosmanischen Kampf ihre Unabhängigkeit errungen hatten. Oder die italienischen Truppen, die unter der Führung Garibaldi's das österreichische Kaiserreich und den Kirchenstaat besiegt hatten. Für ihn war das eine Wiedergeburt der Römer! Warum, so fragte sich Moses Hess, sollten nicht auch die Juden als drittes bedeutendes Volk der Antike neben den Griechen und Römern wieder ihre staatliche Auferstehung erfahren?

Hess widmete sein Buch „Den hochherzigen Vorkämpfern aller nach nationaler Wiedergeburt ringenden Geschichtsvölkern“ und plädierte für ein von Frankreich unterstütztes jüdisches Staatswesen. Geographisch verortete er diesen Staat in den ans Mittelmeer grenzenden Regionen des osmanischen Reiches. Am Ende sollte jedoch nicht Frankreich, sondern England zum entscheidenden Beförderer eines jüdischen Staates werden. 1917 versprach der damalige britische Außenminister Balfour, ohne schon über die osmanische Verwaltungseinheit „Falestin“ zu verfügen, den Juden, dort eine nationale Heimstätte.

Tatsächlich hat Moses Hess mit seiner Lehre von der Wiedergeburt eines antiken Volkes recht behalten: Die Gründung des Staates Israel im Mai 1948 ist zwar historisch und soziologisch klar zu beschreiben und gut zu erklären, dennoch löst diese Staatsgründung auf den ersten, vielleicht naiven Blick gewisses Erstaunen aus. Wie auch immer: Im jüdischen Glauben wurde und wird die Erinnerung an das Land Israel Woche für Woche durch die Lesung der Tora am Sabbath, täglich durch das seit der späten Antike beglaubigte Achtzehnbittengebet, auf jeden Fall aber durch den Wunsch am Passahabend „Nächstes Jahr in Jerusalem“ über zwei Jahrtausende liturgisch aufrecht erhalten. 1948 wurde diese Rückkehr durch die Ausrufung des Staates politisch besiegelt. Doch welche Geschichte ging dieser Rückkehr voraus?

Lässt man die sehr schwierig zu belegenden eisenzeitlichen Staaten des alten Israel sowie des jüdischen Staates vor der babylonischen Gefangenschaft der jüdischen Eliten im sechsten Jahrhundert vor der Zeitrechnung beiseite, so ist festzustellen, dass es in der klassischen Antike keinen jüdischen Staat gab. Jenes politische Gebilde, dessen Zentrum der Tempel zu Jerusalem war, galt über Jahrhunderte hinweg verwaltungstechnisch als eine abhängige Provinz des persischen Reiches, eine so genannte Satrapie.

Erst mit dem Ende des Aufstandes der Makkabäer gegen die Seleukiden im Jahr 175 vor der christlichen Zeitrechnung, also in der Zeit des Hellenismus, entstand ein unabhängiger jüdischer Staat, der allerdings nur einhundertundsechs Jahre seine Unabhängigkeit behielt. Im Jahr 63 vor der christlichen Zeitrechnung eroberten die Römer unter Pompeius diesen östlichen Rand des Mittelmeers und errichteten dort einen imperialen Herrschaftsverbund. Die nun „Judäa“ genannte Provinz wurde von einem römischen Kurator und einem den Römern hörigen Vasallenregime regiert.

Nach zwei blutigen Aufständen in den Jahren 66-70 sowie noch einmal im Jahr 135 war dann das Ende jeder Form jüdischer Staatlichkeit bis zum Jahr 1948 besiegelt. Das heißt aber nicht, daß in all dieser Zeit keine Juden im Land Israel siedelten. Im Gegenteil. Das belegen Quellen aus der Antike, dem Mittelalter und der Frühen Neuzeit.

So kamen zum Beispiel Ende des 19. Jahrhunderts zahlreiche Juden aus Russland, Polen, Galizien und der Ukraine ins Land. Als sozialistische Pioniere siedelten sie in der damaligen osmanischen Provinz Falestin.

Ist also der am 14. Mai 1948 gegründete Staat Israel doch nicht das Ergebnis der Shoah, des Holocaust? Auf jeden Fall lässt sich festhalten: Vor dem Holocaust konnte der neue jüdische Staat nicht gegründet werden, weil die in den späten dreißiger Jahren von einigen Zionisten hellseherisch erwogene Masseneinwanderung von Juden aus Europa damals ein unrealistisches Ziel war.

Selbst wenn mehrere Millionen Juden in der ersten Hälfte der 1930er Jahre angesichts von Faschismus und Nationalsozialismus nach Palästina hätten auswandern wollen, so hätten sie dort ökonomisch keine Lebensgrundlage finden können.

Ganz unabhängig davon, ob die britische Mandatsmacht oder die arabische Bevölkerung diese Masseneinwanderung akzeptiert hätte oder nicht. Mehr noch: einen bereits von den Nationalsozialisten geplanten Angriff auf die in Palästina lebenden Juden hätten diese allein nicht abwehren können. Ohne den Sieg Feldmarschall Montgomerys über Rommels Afrikakorps in El Alamein hätte es dort keine jüdische Niederlassung, keinen „Jischuw“ gegeben, der eine Staatsgründung hätte einleiten können.

Tatsächlich waren Judenverfolgung und Holocaust nicht die einzigen Ursachen der Staatsgründung. In Deutschland wird das aber immer noch

von vielen angenommen. So schrieb ein Autor in der linksliberalen Frankfurter Rundschau im Januar 2007:

Zitator:

„Die durch Nationalsozialismus und Holocaust ausgelöste Masseneinwanderung traumatisierter und entwurzelter Juden nach Palästina war ursächlich für alle späteren Konflikte in diesem Lebensraum sowie für die tiefgreifende Entrechtung des palästinensischen Volkes durch Liquidationen, Verletzungen, Freiheitsbeschränkungen, Verwüstungen und Demütigungen.“

Erzähler:

Freilich zeigt schon ein oberflächlicher Blick auf die Demographie die Unsinnigkeit dieser Behauptung: Tatsächlich verdoppelte sich die jüdische Bevölkerung im britischen Mandatsgebiet Palästina von 175.000 Personen im Jahr 1931 auf mehr als 370.000 Personen im Jahr 1936. Der größte Zuwachs der jüdischen Bevölkerung vollzog sich zwischen 1932 und 1935, also vor dem Holocaust. Nur ein geringer Teil der Juden kam aus Deutschland. Die meisten Immigranten stammten aus Polen und der damaligen UdSSR. Aber auch aus Rumänien, der Türkei und aus dem Jemen zog es Juden in eine neue Heimat. Tatsächlich stand dem „Volk ohne Land“ kein „Land ohne Volk“ gegenüber – sogar wenn dieses Land nicht gewaltsam erobert, sondern mit friedlichen Mitteln, durch Kauf, erworben wurde. Indes: auch die „friedlichen Mittel“ verschärften den Konflikt zwischen Juden und Arabern, da die durch den Kauf von ihren Böden vertriebenen Kleinbauern ihre Empörung nicht etwa gegen die z.B. in Beirut lebenden Effendis richteten, sondern gegen die jüdischen Käufer und neuen Eigentümer der Böden. Der staatsgründende Zionismus musste auf eine allmähliche Verdrängung der arabischen Bevölkerung setzen: Das hat jüngst kein geringerer als der renommierte israelische Publizist Tom Segev noch einmal bestätigt. In seiner mehr als 700 Seiten umfassenden Biographie des Staatsgründers David Ben Gurion schreibt er:

Zitator:

„Die Hoffnung, das Land seiner arabischen Bewohner zu entledigen, begleitete den Zionismus von Anfang an.“

Erzähler:

Und Segev zitiert eine Äußerung Ben Gurions aus dem Jahr 1937:

Zitator:

„Ich befürworte einen Zwangstransfer. Ich sehe nichts Unmoralisches darin.

Erzähler:

Diesen Zwangstransfer sollten aber die Engländer und nicht die Juden durchführen.

In der Tat entluden sich die Spannungen zwischen Juden und im Mandatsgebiet lebenden Arabern in tödlichen Konflikten. Und dies bereits Jahre vor Beginn der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland und der Shoah. 1929 brach Gewalt in Jerusalem aus, weil um den Zugang zur Klagemauer gekämpft wurde. Bei den Auseinandersetzungen in Jerusalem und anderen Städten kamen mehr als 130 Juden und 116 Araber ums Leben. Besonders bekannt wurde das Massaker vom 23. August 1929 in Hebron. Eine fanatisierte arabische Masse ermordete sechzig Juden, die keineswegs Zionisten waren. Auf der anderen Seite wurden mehr als hundert Juden von ihren arabischen Nachbarn gerettet.

Historisch begründen lässt sich allenfalls, dass es der Eindruck der Massenvernichtung in Europa war, der die zionistische Organisation der USA 1942 in ihrem „Biltmore“ Programm dazu brachte, die „konkrete Zionsarbeit“ zugunsten eines klaren und eindeutigen Staatsgründungsprogramms auf dem Territorium ganz Palästinas ins Auge zu fassen. Nachweisen lässt sich auch, daß die Agitation zionistischer Politiker wie Ben Gurion und die Aktivitäten der zionistischen Fluchthilfeorganisation „Bricha“ erheblichen Druck auf die internationale Öffentlichkeit vor der entscheidenden UN-Sitzung im November 1947 ausübte. Aus alledem folgt aber nur, dass es ohne den Zweiten Weltkrieg nicht zur Gründung der Vereinten Nationen gekommen wäre und dass der Eindruck des von Deutschland unmittelbar zu verantwortenden Holocaust und jüdischen Leidens viele westliche Staaten dazu brachte, dem Teilungsplan zuzustimmen.

Dieses Motiv, dem Teilungsplan uneigennützig zuzustimmen, war aber gewiss nicht das Interesse der Sowjetunion unter Stalin und der von ihr dominierten Staaten. Ein Machtblock, ohne dessen Stimmen es in den UN niemals zu einer Mehrheit für die Teilung des britischen Mandats Palästina gekommen wäre. Moskaus Befürwortung der Teilung des Mandats Palästina folgte allein dem Kalkül, dem damals im Mittleren Osten herrschenden britischen „Imperialismus“ mit einem sozialistischen Judenstaat einen strategischen Brückenkopf entgegenzusetzen. Der

Sowjetunion lag sehr viel an der Staatsgründung Israels. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, dass Israel seinen militärischen Erfolg im Sommer 1948 erheblichen Waffen- und Flugzeuglieferungen aus der Tschechoslowakei verdankte. Die arabischen Staaten jedenfalls akzeptierten den im November des Jahres 1947 getroffenen Teilungsvorschlag der UN nicht und griffen Israel nach der Ausrufung des Staates im Mai 1948 an.

Infolge der Kriegshandlungen kam es dann, wie der an der Universität Ber Scheva lehrende Historiker Benny Morris penibel belegt hat, zu Flucht und Vertreibung von etwa siebenhundert-tausend palästinensischen Arabern – von ihnen und ihren Nachfahren bis heute als „Nakba“ als „Katastrophe“ bezeichnet. Der jüdischen Staatsgründung folgte eine judenfeindliche Vertreibungswelle in vielen arabischen Staaten. Die für eine Staatsgründung erforderliche Masse an Menschen gewann der neugegründete jüdische Staat nämlich weniger aus Überlebenden des Holocaust. Zwischen 1945 und der Staatsgründung kamen etwa 70.000 Menschen aus Europa. Es waren vielmehr die nach der Staatsgründung Israels aus den arabischen Ländern vertriebenen Juden, die einen Großteil der jungen Bevölkerung ausmachten: Konkret: 650.000 Menschen.

Bis zum heutigen Tag gibt der Israel-Palästina-Konflikt Anlaß zu Diskussion und politischem Streit. Das ist verständlich: Die Juden, und ihr Staat und die Begleitumstände seiner Gründung spielen im kollektiven Gedächtnis Europas, des Christentums und nicht zuletzt Deutschlands eine herausragende Rolle. Das erklärt vielleicht, warum auch das Leid der Araber, ihre Flucht und Vertreibung seit 1947/48 in diesem Kontext eine so große Beachtung erfahren. Staatsgründungen verlaufen in den seltensten Fällen gewaltfrei. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass der israelisch-palästinensische Konflikt bislang sehr viel weniger Opfer gekostet hat, als der syrische Bürgerkrieg, der seit einigen Jahren tobt. Vor allem aber rechtfertigen Flucht und Vertreibung palästinensischer Araber nicht die antisemitische Verteufelung des Zionismus, der auch ganz andere, geradezu kosmopolitische, linke und völkerversöhnende Spielarten kannte.

Es waren meist linksliberale, aus Mitteleuropa und den USA stammende Intellektuelle wie Jehudah Leib Magnes, Hugo Bergmann, Arthur Ruppin und Gerschom Scholem sowie nicht zuletzt Martin Buber, die im Jahre 1925 eine Organisation namens „Brith Schalom“ gründeten. Diese steht für eine jüdisch-arabische Zusammenarbeit sowie für das Projekt eines binationalen Staates. Im November 1929 jedenfalls publizierte die

Vereinigung „Brith Schalom“ präzise Vorschläge für einen künftigen binationalen Staat. Der erste Artikel dieses Entwurfs lautete prophetisch:

Zitator:

„Palästina ist ein Land, in dem Juden und Araber mit vollem Recht leben, und nicht, weil man ihre Anwesenheit dort duldet.“

Erzähler:

Diese programmatische Ankündigung ist nach wie vor unerfüllt. Martin Buber selbst erklärte im Herbst des Jahres 1929 in Berlin, ganz im Geiste des „Brith Schalom“:

Zitator:

“Wir glauben, dass man weder von diesem Volk noch von diesem Land in den allgemeinen Formeln des Nationalismus reden kann ... Dieses jüdische Volk hat gedauert gegen alle Regeln der formulierbaren Weltgeschichte, gedauert, weil es ein einziges war, weil es nicht war wie alle Völker...“

COMPASS

**der einzigartige Infodienst für christlich-jüdische und deutsch-israelische Tagesthemen im Web!
Täglich aktuell das Neueste über Israel/Nahost, Antisemitismus/Rechtsradikalismus, Erinnern/Gedenken und über den christlich-jüdischen wie interreligiösen Dialog. Dazu gibt es einschlägige Rezensionen und Fernseh-Tipps.**

Jetzt fünf tagesaktuelle Ausgaben kostenfrei und unverbindlich probelesen!
Einfach Mail an: abo@compass-infodienst.de Betreff: Probe-Abo
Weitere Infos und Bestellmöglichkeiten: www.compass-infodienst.de



Die Akte Rosenberg Schriftenreihe (Bd. 10076)

Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Zeit

Zwischen 1949 und 1973 war die Rosenberg im Bonner Stadtteil Kessenich Sitz des Bundesministeriums für Justiz. Welche personellen Kontinuitäten aus der NS-Zeit gab es dort? Das Buch enthält die Forschungsergebnisse der Kommission zur Erforschung der NS-Vergangenheit der Behörde.



Zwischen 1949 und 1973 war die Rosenberg im Bonner Stadtteil Kessenich Sitz des Bundesministeriums für Justiz. Wie in vielen anderen Ministerien der jungen Bundesrepublik setzten dort zahlreiche ehemalige NS-Bedienstete ihre Karriere nahezu bruchlos fort. Dieser Band bündelt die Forschungsergebnisse der vom Ministerium eingesetzten Kommission zur Erforschung der NS-Vergangenheit der Behörde. Die Autoren weisen anhand zahlreicher Mitarbeiterbiografien nach, in welchem Ausmaß Vertreter des NS-Justizapparats zentrale Positionen in einem Amt hatten, das doch für den Aufbau und die Sicherung des demokratischen Rechtsstaats zuständig war. Aber nicht nur wurden ehemalige Mitarbeiter des Reichsjustizministeriums, der Sonder- und Militärgerichte anstandslos wieder in den Staatsdienst integriert. Vielmehr prägten diese Juristen auch die Rechtsprechung der Nachkriegszeit und spielten unter anderem eine zentrale Rolle bei der Amnestierung von NS-Tätern. So ist diese umfangreiche Darstellung nicht nur ein wesentlicher Beitrag zur Aufarbeitung der NS-Belastung in der Justiz nach 1945. Sie wirft darüber hinaus ein Schlaglicht auf den unzureichenden Prozess der Entnazifizierung und die "Schlussstrich-Mentalität" der Nachkriegszeit.

**Autor: Manfred Görtemaker / Christoph Safferling, Seiten: 592,
Erscheinungsdatum: 01.12.2017, Erscheinungsort: Bonn, Bestellnummer:
10076**



Der Nahostkonflikt

Schriftenreihe (Bd. 10006)

Ist der Nahostkonflikt ausweglos? Seit Jahrzehnten dauern die blutigen Auseinandersetzungen zwischen Israel und den Palästinensern sowie den arabischen Nachbarstaaten an. Übergriffe und Gewalt auf beiden Seiten, Terror und Unrecht bestimmen die Lebenserfahrungen ganzer Generationen. Wo liegen die Wurzeln für den Konflikt? Welche Standpunkte nehmen die Kontrahenten ein? Welche Rolle spielt Jerusalem? Welche Vermittlungsansätze gab es, und welche

politischen Szenarien sind in der Zukunft denkbar?

Nahostkonflikt und kein Ende?

Es ist schwer, die politische Gemengelage zu durchschauen. Gewalt und Ungerechtigkeit beiderseits, kaum lösbar scheinende Interessengegensätze bestimmen die Beziehungen zwischen Israel, den Palästinensern und den arabischen Nachbarstaaten. Ist der Konflikt ausweglos?

Autor: Muriel Asseburg / Jan Busse, Seiten: 128,

Erscheinungsdatum: zweite, aktualisierte Auflage 2018,

Erscheinungsort: Bonn, Bestellnummer: 10006

